

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Sozialausschusses am 19.09.2012
(9. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Bericht der Arbeiterwohlfahrt Mönchengladbach über die Altenarbeit in der Begegnungsstätte "Am Kapittelsbusch"	4
2 Wohnungsnotfälle Vorlage: FB2/414/2012	4
3 Schwangerschafts(konflikt)beratung Vorlage: FB2/259/2012/1	5
4 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz Vorlage: FB2/139/2012.....	6
5 Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel - Sachstand Vorlage: FB2/140/2012	6
6 Aktionswoche "Senioren sicher im Sattel" 2012 Vorlage: FB2/141/2012.....	7
7 Anfragen.....	7
7.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 18.04.2012 - Umsetzung Inklusion in Meerbusch Vorlage: FB2/056/2012.....	7
7.2 Anfrage der SPD-Fraktion - Bestattungskosten bei Sozialhilfebezug Vorlage: FB2/061/2012	8
8 Anträge.....	8
9 Bericht der Verwaltung.....	8
10 Termin der nächsten Sitzung: 29. November 2012.....	8
11 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Angela Gröters Ratsmitglied Vertretung für Frau Nicole Joliet-Heising

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Herr Hermann Müsch Sachkundiger Bürger

Herr Bernd Parys Sachkundiger Bürger

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Barbara Büchner Ratsmitglied

Frau Katja Giesen Sachkundige Bürgerin

Herr Dr. Wolfgang Hagendorf Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Schmidt

Herr Christian Kohnen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Herr Dr. Norbert Friedrich Sachkundiger Bürger

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Sachkundiger Bürger

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Herr Wilfried Pahlke Evangelische Kirchengemeinde

stellv. beratendes Mitglied

Frau Renate Beek Seniorenbeirat Vertretung für Herrn Albert Güllmann

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

Gäste

Herr Lothar Chaillié
Frau Margret Kontalis-Weiss

Behindertenbeauftragter
AWO Kreisverband Mönchen-
gladbach e.V.

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Nicole Joliet-Heising

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Gabriele Schmidt

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann

Seniorenbeirat

Vorsitzender Focken begrüßt die Anwesenden, insbesondere die stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates, Frau Beek, den Behindertenbeauftragten, Herrn Dr. Chaillié sowie Frau Kontalis-Weiss vom AWO Kreisverband Mönchengladbach e.V.

Er stellt zudem die frist- und formgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Im Anschluss daran bittet er alle Anwesenden um eine Gedenkminute für den verstorbenen Herrn Pentziok, der von Oktober 1999 bis Oktober 2011 als Mitglied im Sozialausschuss aktiv war.

Öffentliche Sitzung

1 Bericht der Arbeiterwohlfahrt Mönchengladbach über die Altenarbeit in der Begegnungsstätte "Am Kapittelsbusch"

Frau Kontalis-Weiss berichtet anhand einer Folienpräsentation ausführlich über die Strukturen, Aktivitäten und Kooperationen der Altenbegegnungsstätte am Kapittelsbusch. Dabei informiert sie auch über das Projekt „Mein Quartier“, welches derzeit in Mönchengladbach erprobt wird und möglicherweise später auch auf die Arbeit in Büberich übertragen werden könne. Ziel des Projektes sei es, mittels eines Quartiersmanagements ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Wohnen älterer Menschen in den eigenen vier Wänden möglichst lange zu gewährleisten.

Im Anschluss an den Vortrag verweist Herr Focken auf das Umfrageergebnis der GWH Wohnungsbau-Gesellschaft, welches die Begegnungsstätte eindeutig als wertvollen Bestandteil der Siedlung identifiziert hätte.

Auf Anfrage erläutert Frau Kontalis-Weiss zur Kooperation mit Beratungs- und Pflegediensten, dass die Mitarbeiter umfangreich über geeignete Angebote im Umfeld informieren sowie auch die notwendigen Erstkontakte herstellen würden. Darüber hinaus lägen in der Einrichtung auch entsprechende Informationen aus.

Hinsichtlich eines diesbezüglichen Informationsaustausches zwischen den Verbänden macht Ratsfrau Pricken nochmals auf den Arbeitskreis 55+ aufmerksam, der ein geeignetes Netzwerk für diesen Zweck darstelle.

2 Wohnungsnotfälle Vorlage: FB2/414/2012

Beschluss:

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, den Abschluss einer Vereinbarung nach § 67 ff Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch mit der Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert nochmals über die bisherige Entwicklung in der Sache. Sie zeigt erneut die Notwendigkeit auf, von einem bislang reaktiv ordnungsbehördlichen Umgang mit dem Thema, für das im FB 1 zur Zeit 1/5 einer ganzen Stelle vorgehalten werde, zu einem ganzheitlichen Ansatz zu gelangen, der die Unterstützung der betroffenen Menschen mit ihren vielfältigen Problemlagen in den Vordergrund stelle. Ziel sei es daher, die Betroffenen zukünftig verstärkt in regulären Wohnraum zu vermitteln, Obdachlosigkeit und die Unterbringung in Notunter-

künften zu vermeiden. Da im Fachbereich 2 keine Ressourcen für diese komplexe Aufgabe zur Verfügung stünden, habe man sich auf die Suche nach einem kompetenten Kooperationspartner gemacht und diesen im Caritasverband Rhein-Kreis Neuss e.V. auch gefunden, welcher als Träger der Wohnungslosenhilfe bereits mit der Problematik befasst sei. Im Vorfeld hätten daher auch bereits Gespräche über eine mögliche Vereinbarung mit dem Verband stattgefunden, die eine konstruktive Zusammenarbeit hinsichtlich der Neukonzeption der Wohnungsnotfälle in Meerbusch erwarten lassen.

Der Ausschuss werde nunmehr gebeten, dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zuzustimmen. Die Mittel für den diesbezüglichen Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten in Höhe von ca. 30.000,00 würden verwaltungsseitig in Ansatz gebracht. Nach Abschluss der Vereinbarung strebe man dann, in Kooperation mit dem Caritasverband, die Intensivierung der Kontakte zu den großen Wohnungsbaugesellschaften in Meerbusch an.

Alle Fraktionen begrüßen die dargestellte Vorgehensweise. Ratsherr Wartchow bringt zum Ausdruck, dass der Ansatz mit seiner Orientierung an den Problemen der Menschen in Zusammenarbeit mit einem professionellen Partner insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Sparzwänge ein wichtiges Zeichen sei. Frau Büchner bekräftigt, dass es sich dabei um eine gute Investition in die Zukunft der betroffenen Menschen handle. Auch Ratsfrau Niegeloh führt aus, dass die Verbesserung der Wohnverhältnisse der richtige Ansatz sei.

3 Schwangerschafts(konflikt)beratung Vorlage: FB2/259/2012/1

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, sich aus der freiwilligen Förderung der Schwangerschafts(konflikt)beratung für die Diakonie Krefeld & Viersen sowie dem Verein Frauen beraten / donum vitae Krefeld zum 31.12.2012 zurückzuziehen, da eine bedarfsgerechte Versorgung mit Mitteln des Landes und des Rhein-Kreis Neuss verantwortlich sichergestellt ist.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		1
FDP	3		1
SPD		3	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Gesamt:	11	4	2

Unter Bezugnahme auf die Informationen und Diskussionsverläufe der Sitzungen des Sozialausschusses am 6. März und 8. Mai 2012 bekräftigt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage die bisherige Verwaltungsauffassung und schlägt dem Ausschuss daher weiterhin vor sich aus der freiwilligen Förderung der Schwangerschafts(konflikt)beratung für die Diakonie Krefeld & Viersen sowie dem Verein Frauen beraten / donum vitae Krefeld zum 31.12.2012 zurückzuziehen.

Sachkundiger Bürger Gather spricht sich gegen den Rückzug aus der Förderung aus. Auch die SPD-Fraktion möchte das Angebot vor Ort beibehalten, da es sich hierbei um einen relativ kleinen Kostenaspekt jedoch mit großer Wirkung handle. Ratsherr Fliege informiert, dass Bündnis 90/Die Grü-

nen dem Verwaltungsvorschlag wegen der dargestellten Finanzierungssituation und der ausreichenden Anzahl an Beratungsstellen im Umkreis folgen werde. Sachkundiger Bürger Müsch erachtet es grundsätzlich zwar für schwierig ein solch etabliertes Angebot zurückzunehmen, hält die Streichung der Zuschüsse vor dem Hintergrund der Haushaltslage und der gegebenen Versorgungssituation jedoch für angemessen.

Beratendes Mitglied Pahlke bedauert nach wie vor die beabsichtigte Streichung der Zuschüsse und verweist nochmals auf die Stellungnahme der Diakonie Krefeld-Viersen. Auch gibt er erneut zu Bedenken, dass damit der Wegfall der letzten evangelischen Schwangerschaftsberatungsstelle im Rhein-Kreis Neuss verbunden sei. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen zur Schwangerschaftsberatung sei eine Trägerpluralität zu erhalten, so dass er auch weiter dafür plädiere, von der Streichung abzusehen. Schließlich müsse infolge der vorgeschlagenen Entscheidung auch mit einer Personalkürzung im Bereich der Diakonie-Krefeld Viersen gerechnet werden.

4 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz Vorlage: FB2/139/2012

Anhand der Informationsvorlage erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage die wesentlichen Aspekte des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Asylbewerberleistungsgesetz. Unabhängig von den ohnehin steigenden Zahlen hinsichtlich der Asylanträge, könne nunmehr auch mit einer verstärkten Rückkehr früherer Antragsteller infolge der höheren Leistungen gerechnet werden. Hinsichtlich der weiteren Auswirkungen des Urteils bleibt die notwendige Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes abzuwarten.

5 Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel - Sachstand Vorlage: FB2/140/2012

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage führt aus, dass sie infolge der seinerzeit intensiven Diskussionen zum grundsicherungsrelevanten Mietspiegel im Sozialausschuss über den aktuellen Stand informieren wolle.

Bedeutsam sei insbesondere das Urteil des Bundessozialgerichtes insofern die angemessenen Wohnflächengrenzen für eine Einzelperson von 45 m² auf 50 m² sowie für alle anderen Haushaltsgrößen um jeweils 5 m² erhöht worden sei. Die Mehrbelastung werde seitens des Rhein-Kreis Neuss auf ca. 0,5 Mio. € geschätzt.

Ferner informiert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass es nach Einführung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels im vergangenen Jahr in Meerbusch nicht zu der befürchteten Umzugswelle gekommen sei. Die Ausnahmetatbestände im Rahmen der Einzelfallprüfungen hätten ge-grieffen und ausreichend Anwendung gefunden; in 18 Fällen sei wegen Unwirtschaftlichkeit und in 19 Fällen infolge der Härtefallprüfung auf ein Kostensenkungsverfahren verzichtet worden. In 17 Fällen sei eine leistungsrechtliche Kostensenkung erfolgt.

Die alle zwei Jahre erforderliche Neuerhebung der Basiswerte für den grundsicherungsrelevanten Mietspiegel sei vom Rhein-Kreis Neuss bereits in Auftrag gegeben worden; die neuen Daten sollen ab Sommer 2013 Berücksichtigung finden.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Sachkundiger Bürger Mocka nach der Situation öffentlich geförderten Wohnraums in Meerbusch. Konkrete Daten für Meerbusch konnten diesbezüglich von der Verwaltung spontan nicht genannt werden. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert

jedoch, dass der Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum landesweit rückläufig sei. So sei seitens der Sozialdezernenten auf Kreisebene ein Appell an das Land beabsichtigt, den sozialen Wohnungsbau wieder attraktiver zu gestalten. Es handele sich hierbei um eine Problematik die auch landespolitisch gelöst werden müsse. Nach kurzer Diskussion schlägt Ausschussvorsitzender Focken vor, das Thema unter Berücksichtigung des offensichtlich bestehenden Beratungsbedarfes auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung des Sozialausschusses zu setzen.

Anmerkung der Schriftführerin:

Eine **Bruttokaltmietobergrenze** gibt Auskunft über die Angemessenheit einer Wohnung und ist die Addition aus dem angemessenen Quadratmeterpreis der Kaltmiete sowie dem angemessenen Quadratmeterpreis für kalte Betriebskosten, wie Wasser, Abwasser und Müllabfuhr (ohne Heizkosten).

Für Bestandswohnungen, die von zum 01.08.2011 im Leistungsbezug gestandenen Hilfebedürftigen bis zum 31.07.2011 angemietet wurden, wird dauerhaft (also über Bewilligungszeiträume hinweg) ein **Wohnraumsicherungszuschlag** auf die Mietobergrenzwerte gewährt.

6 Aktionswoche "Senioren sicher im Sattel" 2012

Vorlage: FB2/141/2012

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage berichtet von den diesjährigen Aktivitäten und betont nochmals die Bedeutung der Aktion und des damit verbundenen Themenfeldes. Daher soll die Aktionswoche, trotz des damit verbundenen Aufwandes, auch im kommenden Jahr fortgeführt werden. Erfreulich sei die wieder sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den altbewährten Kooperationspartnern Verkehrswacht und Kreispolizeibehörde sowie den ortsansässigen Fahrradhändlern.

Ratsherr Wartchow bittet um Auskunft hinsichtlich der Auswirkungen der zunehmend populärer werdenden E-Bike Nutzung. Auswertungen diesbezüglich sind der Verwaltung derzeit allerdings noch nicht bekannt.

Auf Anfrage von Ratsfrau Niegeloh, inwieweit man eine vergleichbare Aktion auch für ältere Autofahrer realisieren könnte, informiert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage über ein derartiges Angebot der VHS, welches in der Vergangenheit schon stattgefunden hätte. Allerdings sei dies ein ausgesprochen sensibles Thema und die Menschen diesbezüglich nur schwer zu erreichen.

7 Anfragen

7.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 18.04.2012 - Umsetzung Inklusion in Meerbusch

Vorlage: FB2/056/2012

Infolge der ausführlichen Beantwortung zu der komplexen Fragestellung der UWG-Fraktion schlägt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage vor, die Antwort der Niederschrift beizufügen. Sachkundiger Bürger Gather hinterfragt, warum die Antwort der Einladung nicht bereits beigelegt habe. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage verweist diesbezüglich auf das generelle Prozedere hinsichtlich der Beantwortung von Anfragen. Diese seien erst in der Sitzung zu beantworten und würden dann im Regelfall mit dem Protokoll verteilt. Der Vorschlag der Ersten Beigeordneten findet im Übrigen die Zustimmung des Ausschusses.

Ausschussvorsitzender Focken gibt diesbezüglich auch zu bedenken, dass es sich beim Handlungsfeld Inklusion ohnehin um eine Querschnittsaufgabe handele, die nicht nur im Sozialausschuss, sondern auch in den anderen Fachausschüssen zu thematisieren sei.

7.2 Anfrage der SPD-Fraktion - Bestattungskosten bei Sozialhilfebezug Vorlage: FB2/061/2012

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage fasst die wesentlichen Aussagen der Antwort zusammen. Diese ist ebenfalls der Niederschrift beigefügt.

8 Anträge

9 Bericht der Verwaltung

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage teilt mit, dass die Sterntaleraktion auch in diesem Jahr in bewährter Form stattfinden werde. Darüber hinaus informiert sie über die für den 27.09.2012 vorgesehene Schulung der zukünftigen Mitglieder des Begehungsteams zur Vergabe des Signets „Meerbusch barrierefrei“, für die sich erfreulicherweise 15 Teilnehmer angemeldet hätten. Schließlich erinnert sie nochmals an die am 21.10.2012 stattfindende Seniorenmesse im Städt. Meerbusch-Gymnasium, zu der sie herzlich einlädt.

10 Termin der nächsten Sitzung: 29. November 2012

11 Verschiedenes

Vor dem Hintergrund der verschiedenen Presseinformationen zum Thema Altersarmut bittet Ratsfrau Niegeloh um Auskunft zur Entwicklung der Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung im Alter. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage kann auch für Meerbusch einen Anstieg der Fallzahlen bestätigen. Die Verwaltung werde entsprechendes Zahlenmaterial für die nächste Sitzung aufbereiten.

Meerbusch, den 21. September 2012

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in